

PRESSEMITTEILUNG

Köln, 3. Dezember 2025

Köln muss handeln: Fast 9.000 Petitions-Unterzeichner:innen fordern Wahlfreiheit statt Zwang zum Deutschlandticket Schule

„Wir brauchen kein Ticket für ganz Deutschland. Wir brauchen eins für den Schulweg.“

Der Arbeitskreis Kölner Gesamtschulen Deutschlandticket hat am 2. Dezember 2025 seinen offenen Brief und die Petition „Gerechte Ticketpreise für Kölner Schüler:innen - Wahl statt Pflicht zum Deutschlandticket“ offiziell an Oberbürgermeister Torsten Burmester sowie an KVB-Vorstandsvorsitzende Stefanie Haaks übergeben.

Die Resonanz seit dem Versand der Preiserhöhungsschreiben der KVB Ende Oktober und dem Start der Petition ist eindeutig: 8.674 Unterschriften und mehr als 3.500 persönliche Kommentare machen deutlich, dass die Preisentwicklung des Deutschlandtickets Schule für viele Familien in Köln zu einer erheblichen Belastung geworden ist. Die Kosten für das Schülerticket sind in drei Jahren von 23,50 Euro auf 43 Euro gestiegen - eine Erhöhung um 83 Prozent.

Die Petition bestätigt auch, dass das Deutschlandticket Schule für viele Kinder deutlich überdimensioniert ist, da es fast ausschließlich für den Schulweg genutzt wird, während gleichzeitig das frühere, kostengünstigere KVB-Schülerticket abgeschafft wurde. Besonders von der starken Preiserhöhung betroffen sind Mehrkinderfamilien, Alleinerziehende und Haushalte mit geringem Einkommen.

Die persönlichen Stimmen der Familien unterstreichen die Dringlichkeit: *„Drei Kinder in Grund- und weiterführender Schule. In meinem Fall über 120 € für 6 Stationen!“* berichtet eine Familie. Eine Mutter erklärt: *„Als alleinerziehende Mutter kann ich mir diese Preissteigerungen nicht mehr leisten.“*

Der Arbeitskreis betont: „Wir sprechen hier nicht über ein Luxusproblem. Es geht schlicht und ergreifend darum, dass Kinder täglich sicher zur Schule und wieder zurück kommen. Und das zu einem bezahlbaren Preis.“ 43 € pro Kind sei für viele Familien nicht mehr finanzierbar. Zugleich wird deutlich, dass die Mobilitätswende in Köln durch steigende Ticketpreise untergraben wird, da immer mehr Familien planen, aus ökonomischen Gründen wieder auf das Auto ausweichen.

Bereits am 1. Dezember nutzte die Arbeitsgruppe im Rahmen der Veranstaltung „Ministerin im Dialog“ in einer Kölner Gesamtschule das Gespräch mit NRW-Bildungsministerin Dorothee Feller, um die drastische Belastung der Familien zu thematisieren und das Ergebnis der Petition vorzustellen. Die Ministerin erklärte, das Anliegen der Kölner Familien direkt an Verkehrsminister Oliver Krischer weiterzugeben, der mit seinem Ressort für das Thema Schülerfahrtkosten zuständig ist. Der Arbeitskreis verwies darauf, dass der Runderlass des Landes aus März 2025 die Kommunen praktisch auf das Deutschlandticket festlegt und damit sinnvolle lokale Wahlmöglichkeiten erschwert.

Die Situation macht deutlich: Land, Stadt und KVB müssen gemeinsam handeln. Das Land NRW steht in der Verantwortung, familiengerechte Mobilität zu ermöglichen und sozialverträgliche

Lösungen zu schaffen – wie es andere Städte bereits vormachen. Die Stadt Köln muss Mobilität als Teil des Bildungszugangs priorisieren, und die KVB steht in der Pflicht, Preisgestaltung und Angebot sozialverträglich auszurichten.

Da die Kündigungsfrist für das Deutschlandticket Schule am 10. Dezember endet, erwartet der Arbeitskreis eine Stellungnahme bis spätestens 9. Dezember. Viele Familien stehen aktuell vor der Entscheidung, das Ticket aus finanziellen Gründen kündigen zu müssen - ohne realistische Alternative für den täglichen Schulweg ihrer Kinder. Auch die Fraktionen im Rat der Stadt Köln wurden per E-Mail aufgefordert, das Thema schnellstmöglich auf die politische Agenda zu nehmen und im Rat über Lösungen zu entscheiden.

Kontakt:

Arbeitskreis Kölner Gesamtschulen Deutschlandticket

Sonja Lorscheidt – 0176 473 471 70 – sonja.lorscheidt@gmail.com

Christine Kiauk – 0173 270 9378 – c.kiauk@gmx.de

Silvia Rick – 0177 633 533 8 – silviarick_cologne@outlook.de

Ergänzende Information als Anlage:

Offener Brief an Oberbürgermeister Torsten Burmester und KVB-Vorständin Sabine Haaks

Bildmaterial:

Übergabe der Petition im Historischen Rathaus durch Sonja Lorscheidt und Christine Kiauk
Übergabe der Petition in der KVB Hauptverwaltung Köln, Scheidtweiler Str. durch Silvia Rick